

# Einbiegen in die letzte Kurve

**Der Bundestagswahlkampf geht in die letzte Kurve vor der Zielgeraden. Die Regierungsparteien haben am vergangenen Dienstag im Bundestag den Schalter umgelegt. Am Vormittag wurde in der Debatte über den Bundeswehr-Einsatz in Afghanistan demonstrativer Schulterchluss zwischen der Bundeskanzlerin und ihrem Außenminister demonstriert. Am Nachmittag, in der Debatte über die Lage im Land, traten sie sich als Wahlkampf-Konkurrenten gegenüber.**

Für den Kanzlerkandidaten der SPD wird die Zeit knapp, wenn er im Rennen um die Vizekanzlerschaft unter Angela Merkel vor Guido Westerwelle ins Ziel kommen will. Die Wahlkampf-dramaturgie der SPD geht in ihre dritte und letzte Phase.

In der ersten Phase versuchte sie, mit der Präsentation eines Schattenkabinetts und des „Deutschland-Plans“ in die politische und mediale Offensive zu kommen. Die nächste Phase setzte mit der Plakat- und Großflächenkampagne auf die Mobilisierung der eigenen Mitgliedschaft und Anhängerschaft durch Sachthemen. In den Umfragen brachte dies alles die SPD nicht voran.

Die jetzt beginnende dritte Phase beschert uns eine zugespitzte Thematisierung und Personalisierung. Sie richtet sich vor allem an diejenigen früheren Wählerinnen und Wähler der SPD, die aus Enttäuschung über die Agenda2010-Politik gar nicht mehr wählen gegangen sind.

SPD-Spitzenpolitiker entdecken in dieser Woche deshalb eine Reihe von Forderungen aus dem alten sozialdemokratischen Programmbestand neu, die sie während der vergangenen zehn Regierungsjahre in der SPD heimatlos gemacht hatten.

- Olaf Scholz prangert die fortbestehende Lohn-diskriminierung von Frauen an und verspricht als Wahlkämpfer ein Gesetz, um endlich gleichen Lohn für gleiche Arbeit durchzusetzen – ein Vorhaben, das er und seine Vorgänger als sozialdemokratische Arbeitsminister unter Merkel wie Schröder nicht einmal mit spitzen Fingern angefasst haben.
- Olaf Scholz und Peer Steinbrück propagieren die Mitarbeiterbeteiligung als geeignetes Mittel gegen das kurzfristige Quartalsdenken des Finanzmarktkapitalismus – doch als bei der Verabschiedung der verschiedenen Gesetze und Hilfsfonds zur Rettung von Banken und Unternehmen Gelegenheit war, bei der Vergabe öffentlicher Bürgschaften und Kredite auch den Einfluss der Belegschaften zu stärken, wie von der LINKEN gefordert, haben sie nicht nur keinen Finger gerührt, sondern kräftig dagegen gewettert.

- Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier fordern heute eine „globale Finanzmarktsteuer“, um Banken, Versicherungen und Investmentfonds an den Kosten der Weltwirtschaftskrise zu beteiligen und die Spekulation einzudämmen. Steinmeier: „Die Kosten der Krise dürfen am Ende nicht allein bei kleinen und mittleren Steuerzahlern hängenbleiben.“ Plötzlich will Steinbrück das „Komasaufen“ auf den Finanzmärkten beenden, das sein Vorgänger Eichel und er mit diversen Gesetzen zur Finanzmarktförderung ermöglicht haben.

Am Sonntag im „TV-Duell“ mit Angela Merkel wird Frank-Walter Steinmeier nachlegen. Managergehälter, Korrekturen bei Hartz IV, Mindestlöhne, Abzugsplan für Afghanistan, Vermögenssteuer für Bildung, Steuererleichterungen für Familien mit Kindern – es bieten sich viele Felder, auf denen die SPD im vergangenen Jahrzehnt Hoffnungen und Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler enttäuscht hat, für verbalradikale Wendemanöver an.

Besonderer Erfolg wird der SPD damit nicht beschieden sein. Bereits Schröder machte in der Endphase 2005 einen Wahlkampf, der wie Opposition gegen die eigene Regierungstätigkeit daher kam.

Warum es vor ein paar Jahren noch gut und richtig war, den Hedgefonds Tür und Tor nach Deutschland zu öffnen, Veräußerungsgewinne steuerfrei zu stellen und weitere Vorteile für Spekulanten zu schaffen, heute aber das daraus folgende „Komasaufen“ ernsthaft bekämpft werden sollte, diese Glaubwürdigkeitslücke können weder Steinbrück noch die SPD schließen. Ein glaubwürdiger Neuanfang würde voraussetzen, dass sich die Protagonisten der Agenda 2010 gegenüber den zu Hause gebliebenen Wählerinnen und Wählern ehrlich machen: „Es war ein falscher Weg. Wir werden es jetzt anders machen.“ Dieses Problem wird die SPD bis zum Wahltag nicht mehr los: Warum hat sie zehn Jahre lang im Amt nicht das getan, was sie heute im Wahlkampf für richtig hält?

Entscheidend ist der Blick nach vorn: Wie und mit wem will die SPD diese Forderungen umsetzen? In der Koalition mit der CDU war es nicht möglich und wird es nicht möglich sein. Auch die FDP wird die Umsetzung ehrlicher sozialdemokratischer Politik nicht mitmachen. Und eine Zusammenarbeit mit der Partei, aus deren Wahlprogramm sich die SPD jetzt gerne bedient, haben Müntefering, Steinmeier und Co kategorisch ausgeschlossen.

Redaktionsschluss: 11. September 2009